

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Mus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Mitg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 24 Mark monatlich 8 Mark. Anzeigenpreis: Die Spaltzeit ober deren Raum 1 Mark, die Reklamenseite 200 Mark. Mindestbetrag bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. eines Auftrags 6 Mark. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt ihmällig.

Nr. 11.

Altensteig, Samstag den 14 Januar

Jahrgang 1922.

Poincaré neuer franz. Ministerpräsident.

Paris, 13. Jan. (Havas.) Poincaré hat die Bildung des Radikals endgültig übernommen.

Das „Cab'ogramm“ erzählt, Poincaré habe über den Wiederaufbau Europas ganz andere Gedanken als Lloyd George und Briand; er wolle ihn nicht durch Deutschland, sondern auf dem Weg über die neugeschaffenen Staaten Europas unternehmen, die die wahren Grundpfeiler für das neue europäische Gebäude sein müßten. Wegen Deutschlands werde Poincaré „außerordentlich energisch“ auftreten; es werde strengstens gehalten werden, seine Verpflichtungen unterjährig zu erfüllen, wenn nicht die im Friedensvertrag vorgesehenen „Sanktionen“ sofort eintreten sollen. Der Vertrag solle nicht länger ein „toiler Buchstabe“ bleiben.

Paris, 13. Jan. Die letzte Sitzung des Ministerrats, der Millerand beizuhören, verlief außerordentlich härmlich. Die Stimmung war allgemein gegen Briand. Nach dem „Matin“ teilten alle die „Besorgungen“ Millerands bezüglich der Konferenz von Genua. Lloyd George wird von dieser Gegnerschaft gegen seinen Dauidplan nicht sehr erbaut sein. (D. Schr.)

Die Konferenz von Genua gescheitert?

Cannes, 13. Jan. Der Radikale Briand hat die Sachlage auf der Konferenz mit einem Schlag geändert. Die französischen Vertreter mit Millerand an der Spitze sind heute nach Paris abgereist. Lloyd George wird voraussichtlich bis Montag in Cannes bleiben und die Ereignisse abwarten. Die Mitglieder der Konferenz sind ratlos, nur die Engländer bewahren einigermaßen die Ruhe, sie halten trotz allem die Konferenz in Genua für gestört, da Frankreich durch den Beschluß seiner bisherigen Regierung gebunden sei. Man ist aber der Meinung, daß von der Lösung der Krise die weitere Entwicklung der ganzen europäischen Politik abhängt. Das Interesse an der Entscheidung ist ganz in den Hintergrund getreten.

Havas meidet, der Oberste Rat habe am Freitag eine Sitzung abgehalten, an der die Wiederherstellungskommission nicht teilnahm. Von französischer Seite war nur ein „Beobachter“ anwesend. Die Deutschen werden nicht angehört.

Die Stimmung in London.

London, 13. Jan. In London hat der Sturz Briands, der nicht durch Parlamentsabstimmung sondern durch die Ränke seiner Gegner herbeigeführt wurde, großen Eindruck gemacht. Es wird berichtet, daß die englische Politik an den bisherigen Grundlinien festhalten werde, wenn auch die politische Lösung zunächst einen Aufschub erleide.

Erklärungen Rathenau.

Cannes, 13. Jan. Am Mittwoch gab Dr. Rathenau, wie Havas meldet, in der Wiederherstellungskommission eine Darlegung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands. Deutschlands Rohstoffe und Nahrungsmittel reichen nicht aus, um normal leben zu können. Es müßte deshalb für fünf Milliarden Rohstoffe und Lebensmittel einführen. Die deutsche Ausgabe, die 1913 10-11 Milliarden Goldmark betragen habe, sei auf 3½-4½ Milliarden Goldmark herabgesunken. Deutschland könne das nur ändern, indem es seinen Verbrauch einschränke, was fast unmöglich sei, da Deutschland ohnehin nur ein Mindestmaß verbrauche. Auch eine Erhöhung der industriellen Erzeugung und der Ausfuhr sei unmöglich, da in den Volkswirtschaften ein fast unüberwindliches Hindernis zu bilden sei. Auch die landwirtschaftliche Erzeugung sei trotz großer Anstrengungen nur in verhältnismäßig geringem Maß gesteigert worden. Gewiß weigere Deutschland sich nicht, die Entschädigungen zu zahlen, aber es habe große Schwierigkeiten, sich ausländische Devisen zu beschaffen. Deutschland sei bereit, Anstrengungen zu machen, um seine Lage zu verbessern. Auf die Frage, was Deutschland im Jahr 1922 bezahlen könne, erklärte Dr. Rathenau, er könne nicht antworten, bevor er wisse, welche Sachlieferungen dieses Jahr von Deutschland gefordert würden. Die deutsche Regierung sei bereit, in diesem Jahr den Fehlbetrag der Eisenbahn und der Post zu beseitigen. Es werde auch alles Mögliche unternommen, um die Unterhaltungen kräftig herabzusetzen, die für die Volksernährung aufgewendet werden. Eine wesentliche Erhöhung der Steuern auf die deutsche Kohle sei nicht möglich, da der deutsche Kohlenpreis fast den Weltmarktpreis erreicht habe.

Am Donnerstag erschienen die Deutschen im Obersten Rat. Rathenau gab ungefähr dieselben Erklärungen ab wie vor der Wiederherstellungskommission.

Zur Lage.

Wie ruhig könnte die Welt jetzt leben, wie könnte sie nach den Stürmen der letzten sieben Jahre alle ihre Kräfte für den so dringend notwendigen Wiederaufbau, dessen die „Siegerstaaten“, jeder in seiner Art, ebenso bedürftig sind, wie die ang'lich Besiegten, einlegen. — wenn es keinen Obersten Rat gäbe! Der Berichterstatter über die politischen Bodenverhältnisse wäre fast in Verlegenheit, was er Interessantes zu erzählen hätte außer einigen nicht gerade weltbewegenden Begebenheiten, wie etwa den folgenden: Aegypten erweist sich wieder der vollen unmenstlichen Ruhe, nachdem der englische General Allenby mit Hilfe von Maschinengewehren und Fliegerbomben die Straßen von Kairo und Alexandria von dem eingebrachten Pöbel hat reinigen lassen, der so unverschämte war, zu glauben, daß Aegypten für die Aegyptier da sei. Wie einst ein anderer führender Aegyptier, Krabi Pascha, so mußte jetzt der Volksführer Jangul Pascha den unverzeihlichen Irrtum mit der Verbannung büßen. In Indien ist der Aufstand der Waplah endlich niedergerückt worden, — „nach heldenmütigen Kampf“, wie der englische Bericht geradezu rührend sagte. Man kann sich dann schon ungefähr denken, wie es zugegangen ist. — In anderen sieben Deutschen Reich hielten die Parteien immer noch um die neuen Steuern und fast hilflos muß die so geldbedürftige Reichsregierung zusehen, wie Woche für Woche verrinnt, ohne daß man nur einen Schritt vorwärts kommt. Die Erfassung der Goldwerte — für indirekte Steuern, ist das Geldgeschäft, — bis eines Tages irgendeine Ueberwachungskommission kommt und einfach befiht, wie die Erhöhung des Postports vom 1. Januar auf das Zwanzigfache der Vorkriegszeit und der am 1. Februar bevorstehende Zuschlag der Reichsreisebahn besohlen werden ist. Und dazwischen ist der Rotenplan auf ja, und schreibe 120 Milliarden Mark hinaus geschickt und mußte das Reichsfinanzministerium feststellen, daß der Reichshaushalt mit einem Fehlbetrag von etwa 226½ Milliarden abfällt, wovon allerdings rund 212 Milliarden auf die Vertragsleistungen an den Feindverband entfallen. Zu erwähnen ist ferner, daß die Hohe Rheinlandkommission des Verbands durch die Anwesenheit von Lehrern aus dem rechtsrheinischen Deutschland an Schulen des linksrheinischen Deutschland, welches letzteres so glücklich ist, eine englisch-belgisch-französisch-amerikanische Besatzung von etwa 120.000 verschiedenartigen Kräftigen zu besitzen, so sehr in ihrer der Befassung Sicherheit demüthigt ist, daß sie befiht, den Schulunterricht der gefährlichen Rechte einer durch eine besondere Kommission mit entsprechenden Mitteln überwachen zu lassen. Was das mit den Kommissionsberatungen so fortgeht, dann ist das Mittel gegen die Arbeitslosigkeit in den Verbandsländern ja gefunden. Nimm man noch hinzu, daß Brot, Zucker, Kohlen und einige andere nicht ganz unwesentliche Dinge vom nächsten Monat an — ebenfalls auf Befehl des Obersten Rats, in diesem Fall vor allem des Herrn Lloyd George — ganz gewaltig im Preis steigen werden, damit nämlich die Deutschen Arbeiter nicht billiger leben und darum auch nicht billiger arbeiten und so die deutschen Fabrikanten nicht wohl, oder liefern können, als die Herren in England, — zieht man diese Kleinigkeiten noch in Betracht, so wäre die Wochenrundschau so ziemlich fertig.

Der Oberste Rat sorgt aber dafür, daß die genannten Lappalien ganz in den Hintergrund treten. Die Konferenz in Cannes hält die ganze Welt in Spannung. Was zu ihrer Einleitung vor Weihnachten zwischen Lloyd George und Briand in London verabredet worden ist, weiß man nicht recht; denn das, was darüber berichtet wurde, ist gewiß nur ein Teil der Wahrheit. Nicht umsonst brauchen die beiden Ministerpräsidenten in Cannes in ihren Verhandlungen seit dem 5. Januar fast eine volle Woche, um dann ungefähr gerade so weit zu sein wie vorher. Sie haben zwei verschiedene Ziele. England nennt das seinige den „Wiederaufbau Europas“ und meint damit die Wichtung des jetzt so verletzten, an Naturschätzen aber so reichen Russlands zu einem bequemen Ausbeutegegenstand für Großbritannien. Die Arbeit daran durch Anlage von Eisenbahnen, Straßen, Kanälen, Bergwerken usw. soll Deutschland verrichten; was Deutschland dabei etwa verdient, das soll es auf Rechnung der Kriegsentenschädigung an den Verband abführen. Das wäre die Beteiligung Deutschlands an der vielgenannten „Internatio-

nenen Privatgesellschaft zum Wiederaufbau“, an der auch andere Länder sich beteiligen können, aber der Hauptstift der Gesellschaft ist in London und das sagt alles. Herrn Lloyd George liegt ungeheuer viel an seinem „Wiederaufbauplan“. In nicht ferner Zeit wird ein neues Parlament in England zu wählen sein und die Wahlen werden unter dem Zeichen der Arbeitslosigkeit stehen, die bei 2 Millionen Beschäftigungsloser das Land auf annähernd zwei Millionen Pfund Sterling wöchentlich zu stehen kommt. Kann Lloyd George, nachdem um der „Friedensvertrag“ vom irischen Parlament allerdings mit der geringen Mehrheit von 64 gegen 57 Stimmen angenommen ist, auch noch den durch deutsche Arbeit zu gewinnenden russischen Markt, der der englischen Industrie weite Möglichkeiten eröffnet und die Arbeitslosigkeit verschwinden machen könnte, für die Wahlen in die Waagschale werfen, dann ist er gerettet, umjomehr wenn die deutsche Industrie durch ihre Festlegung für den Wiederaufbau in Frankreich und Rußland zugleich vom übrigen Weltmarkt abgeleitet und so als gefährlicher Wettbewerb der englischen ausgeschaltet wird. Deshalb drängt Lloyd George in Cannes so sehr auf die „Weltwirtschaftskonferenz“ in Genua, die alle diese Fragen — im Sinne Englands natürlich — lösen soll. Rußland ist bereits dazu eingeladen, denn ohne die Russen selber läßt sich das doch nicht machen, die verstehen noch zu besitzen. Bezeichnenderweise hat man an Deutschland, das als Arbeiter gedacht ist, noch keine Einladung geschickt; man kann ihm ja, da ihm alle Zähne ausgebrochen sind, einfach befihten.

Briands Ziel in Cannes ist ein ganz anderes. Die Wirtschaftskonferenz, von der er sich wohl mit Recht nicht viel verspricht, ist ihm nicht wichtig. Sein Interesse gilt unmittelbar Deutschland. Den Franzosen kam es sehr gelegen, daß Deutschland seine Zahlungsunfähigkeit erklären mußte. Diese Gelegenheit muß beim Schopf gepackt werden. Reparationen und Sicherheit! Das ist die französische Lösung. Die von Deutschland begehrte Stundung, wenn man die Jahresleistung für 1922 von 2½ statt 3 Milliarden so nennen kann, wird bewilligt, wenn Frankreich dabei mehr erhält, als es bei voller Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach dem Ultimatumplan erhalten hätte. Für diese „Gezügelt“ verlangt aber Frankreich „Sicherheiten“; es wird nicht nur seine Truppen aus dem Rheinland nicht zurückziehen, wie Lloyd George häufiglich vorschlug, sondern es hält schon die weitere „Sanktion“ bereit, den Rhein ein für allemal zur Grenze zu machen und das linksrheinische Gebiet sich einzuverleiben. Daran läßt die „Reparation“ hinaus. Und um den Raub zu sichern, soll England sich in einem Bündnis verpflichten, dem bedauerlicherweise Frankreich mit seiner ganzen Macht beizustehen, wenn es die Deutschen wieder einmal nach ihrem Rheinland gelüsten sollte.

Um dieser beiden Ziele haben Lloyd George und Briand miteinander in Cannes gerungen. Der Form halber ließ man auch einige Vertreter Deutschlands kommen und Lloyd George hörte sie nach der Abreise Briands sogar an. Die Börse hat die Vorladung bereits mit einer allerdings nur vier Tag währenden Aufwärtbewegung des Marktkurses begrüßt. Die Freude ist vorbei. Allem Anschein nach hatte Briand schon die Oberhand über Lloyd George gewonnen, aber den Herren Millerand, Poincaré und Genossen ging das bisherige Entgegenkommen Briands in dem Handel um den 10jährigen „Sicherheitsvertrag“ — Bündnis wollen die Engländer das Abkommen nicht genannt wissen — und um die Stundung schon viel zu weit. Briand wurde zur Verantwortung nach Paris gerufen; fast des Vertrauens bekam er in der härmlichen Sitzung der Abgeordnetenkammer nur Divoise des Mißtrauens. Und befiht und gestürzt verlief er das Haus.

Nun ist zunächst einmal Lloyd George der Gelackte, wie man zu sagen pflegt. Poincaré ist statt Briands Ministerpräsident geworden. Lloyd George wird einen noch schwereren Stand im Obersten Rat haben als bisher. Denn Poincaré und Lloyd George können einander nicht ausstehen und ihre politischen Wege gehen weit auseinander. Und was die Konferenzen von Cannes und Genua betrifft, so dürften sie vorläufig als gescheitert zu betrachten sein. England wird den gemachten Fehler, daß es entgegen seiner Jahrhunderte alten Politik Frankreich hat zu mächtig werden lassen, zu sühnen bekommen. Lloyd George ist aber wohl schwerlich der Mann, den Fehler wieder auszugleichen. Eher wäre dazu vielmehr

Der alte Wein geeignet, von dem es heißt, daß er wieder ins politische Leben eintreten wolle. Bismarck ist es schon zu spät. Deutschland aber hat sich längst von Frankreich einer Rücksichtslosigkeit zu versehen, die nicht mehr überboten werden kann, und sehr wahrscheinlich werden bei uns innerpolitische Folgen nicht ausbleiben, namentlich wenn es, was doch wohl zu erwarten ist, wieder mit den „Reparations“-Zahlungen hapern sollte und neue „Sanktionen“ kommen. Aber wer weiß: vielleicht ist es für uns gar kein Unglück, wenn die Franzosen den Bogen überspannen.

Neues vom Tage.

Die Reichsregierung und der Sturz Briand's.

Berlin, 13. Jan. Der „Berl. Sta.“ zufolge wird das Reichskabinett zu den politischen Vorgängen in Paris zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Die Kabinettsberatung von gestern Abend nahm von den Nachrichten aus Paris Kenntnis, beschäftigte sich aber dann mit den einenden laufenden Aufgaben. Ebenso ist der morgen stattfindende Besuch der Parteiführer beim Reichskanzler schon vor 8 Tagen vereinbart worden und wird sich ausschließlich auf Steuerfragen beziehen. Man kann nicht übersehen, ob Briand's Sturz unter Umständen zu einer innerpolitischen Krise führen kann. Wenn der Wechsel in Frankreich tatsächlich eine ganz radikale Abänderung der französischen Vertrags- und Entschädigungspolitik bedeuten sollte, so könnte die bisherige Wirtschaftspolitik gegenüber der neuen französischen Regierung als undurchführbar erscheinen.

Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 13. Jan. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der Zusammentritt des Reichstags noch vor dem 19. Januar erfolgt. In der ersten Sitzung erwartet man eine Erklärung des Reichskanzlers.

Androhung von Zwangsmaßnahmen.

Gannet, 13. Jan. Den deutschen Vertretern wurde bereits mitgeteilt, daß die erste Zwangsmaßnahme für den Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, in der Aufhebung des zünftigen Monarchiums bestehen würde.

Regierung der Beamtenforderungen.

Berlin, 13. Jan. Die mehrstägigen Verhandlungen über die Einkommensaufbesserung für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs sind gestern Abend im Reichsfinanzministerium zu Ende geführt worden. Es wurde ein Einvernehmen erzielt, das einen Einklang zwischen den für die Beamten, Angestellten und Arbeiter gewährten Verbesserungen herstellt. Auch die Diätäre, die Beamten im Vorbereitungsdienst, die Pensionäre und die Hinterbliebenen sollen an den Verbesserungen in entsprechender Weise teilnehmen.

Die Stundenlöhne der Reichsarbeiter werden vom 1. Januar ab folgende Erhöhung erfahren: 65 Pfg. für Männer, 50 Pfg. für Frauen und 30 Pfg. für jüngere Arbeiterinnen. Wo die Reichsarbeiter schlechter bezahlt werden, als die Arbeiter der Privatindustrie, sollen Uebertenerungszuschüsse bezahlt werden. Der Reichsbund höherer Beamter hat dem Reichsfinanzminister neue Vorschläge zur Beamtenbesoldung überreicht, nachdem die Forderungen vom 6. Januar vom Reichsfinanzminister als undurchführbar zurückgewiesen wurden. Auch die neuen Forderungen, die als endgültige und Mindestforderungen bezeichnet sind, gehen noch um 30 Prozent über die Ansätze der Regierung hinaus.

Der Beamten-Ausschuß des Reichstags einigte sich auf eine Entschlüsselung Degler's (D.nal. Bp.), in der die Regierung ersucht wird, der Entschlüsselung des Reichstags zum Besoldungsgesetz vom 17. Dezember 1920, betreffend die Aufstellung von Grundrissen für die künftige Laufbahn der Beamten aller Reichsverwaltungen und Länder schleunigst Folge zu leisten.

Schließung der „Deutschen Werke“.

Berlin, 13. Jan. Nach einer Havasmeldung hat der Wirtschafterrat in Paris angeordnet, daß die „Deutschen Werke“ auf den 30. Dezember 1922 geschlossen werden müssen.

Wirtschaftsprogramm der deutschen Industrie.

Berlin, 13. Jan. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat beschlossen, für die Wirtschaftskonferenz in Genua ein großes Wirtschaftsprogramm aufzustellen.

Der Präsidentenbesuch in München.

München, 13. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Die Staatspräsidenten von Württemberg und Baden, Dr. Heber und Dr. Dummel, haben heute vormittag München wieder verlassen. Der Besuch der Ministerpräsidenten fand gestern seinen Abschluß mit einem Abendempfang beim bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld in dessen Privatwohnung. Außer sämtlichen bayerischen Ministern waren auch einzelne namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anwesend. Am Mittag waren die Herren Gäste der Stadt München im Rathaus der Landeshauptstadt. Hierbei erwiderte auf die Begrüßung des Bürgermeisters, Dr. Heber mit warmen Dankworten für den Empfang und schloß daran die Versicherung, daß der Besuch der Pfleger freundschaftlicher Beziehungen zwischen der süddeutschen Ländern galt, ohne daß etwa ein besonderer Anlaß vorgelegen habe oder irgendwelche Abmachungen in Frage gekommen seien. Er betonte die Zusammengehörigkeit aller Stämme und Länder im Reich und schloß mit den besten Wünschen für das Gedeihen der Stadt München, die jedem Deutschen ans Herz gewachsen sei. Im Lauf dieser Tage hatten sich verschiedene Gelegenheiten geboten, schwebende Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur zwischen den Staatsmännern zu besprechen, namentlich gab am Mittwoch nachmittag der Besuch der Staatspräsidenten beim Grafen Lerchenfeld Anlaß zu gemeinschaftlichen Erörterungen in Anwesenheit bayerischer Minister.

Aus Stadt und Land.

Monteclair, 4. Januar 1923

* **Erwannt** wurde zum Pfarrer in der Gemeinde Engstel — Engsterteile der bergliche Pfarrverweser Heimrich Regler selbst.

* **Aus dem Dienst** entlassen wurde auf Ansuchen die Postfachlerin Anna Joch in Calw.

in **Öbaldriedensversicherung**. Durch Besichtigung des Ministeriums des Innern ist der Zuschlag zu der Brandversicherungsversicherung, welcher stets nach Friedenswert berechnet wird, von 500 Prozent auf 900 Prozent ab 1. Jan. 1922 erhöht worden. Die o. besetzte Brandversicherungsrate für 1922 beträgt für die Gebiete I—VI aus je 1000 Mk. Friedensschlag 4, 6, 8, 10, 20 und 32 Mark.

Die Feuerungsversicherung ist statt bisher 400 Prozent bis zu 500 Prozent zugelassen. Die Pächterversicherungsumme beträgt demnach das 15fache des Friedenswerts. Die auf vorerwähnten jährlichen Beiträge betragen 40, 60, 80, 200, 400 und 640 Pfg. von 1000 Mk. Versicherungsansatz. Ohne Zutun des Gebäubereignisses ist er jetzt zum 10fachen Friedensbetrag versichert. Wer seiner Feuerungsversicherung eingegangen hat, kann solche einwerter bestehen, erhöhen oder erwünschten lassen. Sticht bei Gebäubereignissen sich mit einer 10fachen Entschädigung für brennend gebüdt, so kann er seine bisherige Feuerungsversicherung bis 15. Februar 1922 auf dem Rathaus abmelden. Besondere Zeiten in Versicherungen betriebe für 1922 sind dann nicht zu entrichten. Es kann jedoch jedem Gebäubereignis nur dringend geraten werden, die bis jetzt eingegangene Feuerungsversicherung beibehalten zu lassen, oder noch besser, dieselbe auf 500 Prozent zu erhöhen.

* **Bilderverg.** Wie wir ersehen, soll Anfang Februar hier ein Bilderverg. über das sehr interessante Thema „Die Vorgeschichte unserer Heimat“ veranstaltet werden.

Glasdrückungen. Die schwierige Lage im Zeitungsgewerbe hat mit dem neuen Jahr neben dem schon verzeichneten Stillstand, so der deutsch den östlichen Zeitung in Bonn und der Donaufrüher Tageszeitung e. e., zu wesentlichen Einschränkungen in der Glasdrückerei von Zeitungen geführt. So erscheint das Leipziger Tageblatt, das seiner 2 mal täglich erschien, nur noch einmal täglich, der Tribüne Postbote hat sein tägliches Erscheinen eingestellt und erscheint nur noch 1 mal in der Woche, die Adresszeitung erscheint seit Neujahr auch nicht mehr täglich, sondern nur noch 3 mal in der Woche u. s. f.

Aufhebung der Personenverkehrsbeschränkungen. Ab Donnerstag, den 12. Januar 1923, werden in Württemberg und im Reichslande Beschränkungen (nicht aber Eisenbahnzüge) wie vor dem 29. Dezember infolge Kohlenmangels angeordneten Einschränkungen wieder regelmäßig.

* **Vom ev. Volkshaus** wurde Donnerstag Abend im Saal des Jugendheims hier eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in welcher Pfarrer Otto aus Rogold, Mitglied der Landeskirchenversammlung, eingehend über das Thema „Unsere ev. Kirche in den Kämpfen dieser Zeit“ sprach und ein Bild der Lage der evang. Kirche bot. Seine Ausführungen über die Tierung von Staat und Kirche, über Religion und Schule, von neuen Schulgesetzen u. a. mehr, waren für die Besucher der Versammlung von großem Interesse und trugen zur Orientierung in den mannigfachen Fragen, die wirklich noch ihrer Lösung harren, wesentlich bei. Auch das Ergebnis der Kirchenopfer im Bezirk wurde bekannt gegeben. Im Jahr 1920 wurden z. B. in den ev. Kirchen des Bezirkes insgesamt 68.70 Mk. gesammelt, was etwa den 4fachen Betrag gegenüber dem Jahr 1913 darstellt und also, wie auch Pfarrer Otto betonte, die Steigerung des Betrags mit der Gebietsvermehrung nicht Schritt hält. Deshalb erinnert der Redner die ev. Gemeindeglieder daran, beim Opfern auch an die Gebietsvermehrung zu denken.

— **Nachzahlung** für unzureichend freigemachte Briefsendungen. Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe, sowie für unzureichend freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und Mitgeschickungen wird seit dem 1. Januar gemäß den Bestimmungen des Postgebührengesetzes das Doppelte des Gebührens, mindestens aber ein Betrag von 50 Pfg. nachgehoben.

— **Nach ein Posttarif.** Der neue Posttarif, der wenig Freude macht, hat wenigstens Sorge getragen, daß der Humor auf seine Kosten kommt. Wer nämlich heute Geld durch Postanweisung versenden will, und zwar Beträge bis 500 Mk., der muß für die Verbesserung des Gelds im Inland mehr bezahlen, als wenn er das Geld nach dem Ausland schickt. Wer z. B. 300 Mk. im Inland versendet, muß dafür einen Portofah von 4 Mk. aufwenden. Nach dem Ausland kosten aber 300 Mk. nur 2 Mk. Porto, nämlich bis 100 Mk. 1 Mk. und für jede weiteren 100 Mk. 50 Pfg. Wer 501 Mk. zu versenden hat, darf im Inland 5 Mk. bezahlen und ins Ausland 3.50 Mk. Erst bei 900 Mk. gleichen sich die Portofah mit 5 Mk. wieder aus.

— **Aufrechterhaltung der Beamtenaltersgrenze.** Aus Berlin meldet der deutsche Schnelldienst: Gegenüber verschiedenen Eingaben, die sich gegen das Gesetz über die Altersgrenze für Beamte richten, wird von zuständiger Seite erklärt, daß an der Rechtsgültigkeit des Gesetzes nicht zu zweifeln sei und daß es demgemäß auch aufrecht erhalten wird.

— **Verbrannte Auslandspost.** Beim Brand eines Bahnhofs in den Niederlanden wurde auch zahlreiche für Deutschland bestimmte Post aus England und Amerika vernichtet, insgesamt 26 Beutel.

* **Calw, 10. Jan.** Die Wohnungskasse wurde vom Gemeinderat auf 1.3 Proz. festgesetzt. Das Steuerkapital beträgt über 10 Millionen, der Ertrag der Steuer in diesem Jahr etwa 30 000 Mk. Das Erträgnis muß zu Wohnungsbauten verwendet werden. In der neuen Altbürger Straße

wird ein Beamtenwohnhaus mit 6 Vierzimmerwohnungen erstellt. Der Voranschlag beträgt 1,6 Millionen. Der Gemeinderat bewilligte für die 6 Wohnungen ein Bauzuschuß von 36 000 Mk. Die neuen Wohnungen am Kappelberg werden voraussichtlich in diesem Jahr nicht zur Ausführung kommen. Das Material, namentlich das Holz, und die Arbeiterlöhne sind so hoch gestiegen, daß an ein Bauen nicht mehr zu denken ist, wenn die Reichszuschüsse nicht bedeutend erhöht werden. Infolge der hohen Rohpreise mußten die Preise für Gas und Kohle wiederum erhöht werden. Der e. m. Gas kostet nun 2 Mk. 30 Pfg., der für Kohle 43 Mk.

Stuttgart, 12. Jan. (Für Ortsvorsteherwahl.) Eine gestern von etwa 200 Wählern besuchte Versammlung, die den Zweck hatte, einer Zersplitterung bei der bevorstehenden Ortsvorsteherwahl vorzubeugen, hat ihr Ziel erreicht. Nach offiziell bekannt gegebenem Bericht des Gemeindevorstandes, einigte man sich dahin, daß nur zwei der Bewerber, nämlich Schultheiß Maulbettsch von Oßelsheim und Struettwar Pfanz in Stuttgart, den Wählern empfohlen werden sollen. Die Probeabstimmung ergab für Maulbettsch 148 Stimmen, für Pfanz 129 Stimmen.

Stuttgart, 13. Jan. (Der Theaterzeit im Finanzanschluß.) Im Finanzanschluß des Landtags wurde heute in fünfständiger Sitzung der Entscheidung des Schlichtungsausschusses über die aus Erparnisgründen erfolgte Entlassung einiger Arbeiter des Landestheaters behandelt. Mit Ausnahme der U.S.B. wurde von allen anderen Parteien hervorgehoben, daß die strenge Durchführung der Einsparungen unbedingt nötig sei und zwar auch im Interesse der Arbeiter, weil sonst die Schließung des Theaters erforderlich werden könnte. Ein Antrag (H. R. Bürger), der die Maßnahmen der Theaterleitung billigt und die Regierung ersucht, die Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung des Betriebs im Sinn des Beschlusses des Landtags durchzuführen, wurde mit 9 gegen 3 Stimmen angenommen.

Stuttgart, 13. Jan. (Zusammentritt der evangl. Landeskirchenversammlung.) Sicherem Vernehmen nach wird die evang. Landeskirchenversammlung am 30. Januar zusammentreten. Unter den Gegenständen der Beratung sind hervorzuheben eine Mitteilung der Oberkirchenbehörde über den Deutschen Evang. Kirchenbund, ein Wahlgesetz für den evang. Landeskirchentag und eine Mitteilung über den Religionsunterricht in der Volksschule.

Stuttgart, 13. Jan. (Vom Rathaus.) Im Gemeinderat wurde mitgeteilt, daß Baurat Heim von der Deutschdemokratischen Partei ausgetreten sei und sich der Bürgerpartei als Gast angeschlossen habe. — Die Wohnungsabgabe erbringt für den Staat in Stuttgart 10 Millionen Mark, der Zuschlag für die Stadtgemeinde mit 0,3 Prozent rund 3 1/2 Millionen Mark. Dieser Betrag reicht nicht einmal für Bauzuschüsse aus, die im letzten Jahr gegeben wurden. Der Voranschlag der Stadtverwaltung, vom 1. April ab statt 0,3 Prozent 1 Prozent Gemeindeforschlag zu erheben, wurde von den Sozialdemokraten abgelehnt. Eine 2. Lesung soll endgültig darüber entscheiden.

Vom Wohnungswesen der Großstädte. Nach einem Bericht des städtischen Wohnungsamts schloß am 1. Juli 1921 in Stuttgart 5092 Familienwohnungen. Aus dem Jahr 1919 waren all in noch 1000 Wohnungsforderungen unverfügt. Unter den Vorgemerkten waren waren nur 799 ledig, 17 hatten während des Krieges ihren Haushalt aufgelöst, 503 ihre Familienangehörigen auswärtig mitgebracht, 189 waren Auslandsdeutsche und Flüchtlingfamilien und 92 Kriegsbeschädigte über 50 Prozent Rente. Nach dem Bericht müßten jährlich 1400 bis 1500 mehr neue Wohnungen geschaffen werden als bisher. Wenn der Forderung an Wohnungen in etwa 5 Jahren gedeckt werden soll, so müßten jährlich mehr als 1000 Wohnungen über den laufenden Bedarf hinaus erstellt werden.

Stuttgart, 13. Jan. (Wirt. Landwirtschaftskammer.) In einer Sitzung des Vorstands der Wirt. Landwirtschaftskammer in Wabern, bei der die neu erworbene Stradelsche Reformschule besichtigt wurde, ist in Betreff der Anregung des Reichsernährungsministeriums, Höchstpreise für Kartoffeln anzusetzen, beschlossen worden, die Festsetzung von Preisen abzulehnen, da dies die Rückkehr zur Zwangswirtschaft bedeuten würde. Von verschiedenen Mitgliedern wurde betont, daß die Preisnotierung an der Landesproduktionshöhe und am Stuttgarter Schlachtviehmarkt zu wünschen übrig lasse und daß von Seiten der Landwirtschaftskammer mit allem Nachdruck auf eine genauere Preisnotierung hingewirkt werden müsse. Der zweite Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Gutspächter Horning-Schaubel hat, wegen geschäftlicher Ueberlastung ihn seines Amtes zu entbinden. Auf allseitigen dringenden Wunsch ließ er sich bewegen, von dem Rücktritt abzusehen. Es wurde mit Dank erwähnt, daß Herr Horning namentlich während des Krieges der württembergischen Landwirtschaft in uneigennützigster Weise die größten Dienste geleistet habe.

Waldingen, 13. Jan. (Kriegerdenkmal.) Für das auf dem Luisenplatz zur Aufstellung kommende Ehrenmal sind rund 50 000 Mk. an Spenden eingegangen. Die Kosten belaufen sich auf 65 000 Mk.

Schramberg, 13. Jan. (Streik in der Hrenindustrie.) Am Freitag früh hat der Streik in den Schwarzwälder Hrenindustrie an allen Orten eingesetzt. Am dem Streik beteiligten sich insgesamt 35 000 Arbeiter. Wie man hört, finden aber bereits Einigungsverhandlungen in Donaueschingen statt. Von dem Streik betroffen sind Schramberg, Bilingen und Schwenningen, außerdem kleinere Betriebe in Trüben, St. Georgen und Furtwangen.

